

# Wurde die BI wirklich ausgeladen?

## Nach Podiumsdiskussion weist K+S Anschuldigung zurück / Aussage gegen Aussage

VON SEBASTIAN KNOPPIK

**AHRBERGEN.** Dirk Fietz von der Bürgerinitiative sorgte bei der NDR-Podiumsdiskussion zur Wiederinbetriebnahme des Giesener Kalibergwerks im Ahrberger Dorfgemeinschaftshaus mit einer Aussage für Entrüstung im Publikum: K+S habe die Bürgerinitiative zunächst zu einer Besichtigung unter Tage eingeladen. Doch dann habe das Unternehmen dieses Angebot zurückgenommen. „Wir sind explizit eingeladen worden“, sagte Fietz. Doch diesen Vorwurf weist der Konzern entschieden zurück.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Giesener Gemeinderat, Helmut Meyer (SPD), hatte bei der Podiumsdiskussion die Frage aufgeworfen, warum sich die Bürgerinitiative nicht einmal selbst im Bergwerk informiert – so wie das viele andere Bürger auch schon gemacht haben. Das hätte man auch gerne gemacht, versicherte BI-Sprecher Fietz. Nur sei man eben leider ausgeladen worden. Eine Aussage, die zu zahlreichen entrüsteten Reaktionen aus dem Publikum führte.

K+S hatte, wie bereits berichtet, kei-

nen Vertreter zu der Podiumsdiskussion entsandt. Die Redaktion fragte daher bei Unternehmenssprecher Ulrich Göbel in Kassel nach. Wurden die Vertreter der BI tatsächlich eingeladen? Der weist diesen Vorwurf entschieden zurück. Das Angebot sei damals im inzwischen aufgelösten Arbeitskreis Bürgerbeteiligung gemacht worden – und es stehe immer noch. „Das ist bis jetzt nicht wahrgenommen worden“, sagte Göbel. Dass nun die Bürgerinitiative sagt, sie sei eingeladen worden, kann Göbel nicht nachvollziehen: „Da fehlen mir die Worte.“

Dirk Fietz hingegen bleibt auf Nachfrage bei seiner Darstellung. K+S habe tatsächlich die Einladung an die BI gemacht, in den Schacht einzufahren. Im Zusammenhang mit dem Streit um den geplanten Standort der Kalibahn habe K+S die Einladung dann aber zurückgenommen. Hier steht also Aussage gegen Aussage.

Einen anderen Hinweis von Dirk Fietz während der Podiumsdiskussion bestätigt Göbel hingegen. Der Sprecher der Bürgerinitiative hatte nämlich erklärt, dass K+S eine Ausnahme von Auflagen nach dem Naturschutzgesetz beantragt

habe. Auch diese Information hatte im Publikum zu teils erbosten Reaktionen geführt.

Tatsächlich habe sein Unternehmen einen „Befreiungsantrag“ nach dem Bundesnaturschutzgesetz gestellt, erläuterte Göbel. Es geht dabei nach seinen Angaben um das Ahrberger und Groß Förster Holz sowie das Harsumer Holz. Allerdings geht es dabei nur um einen „zeitlich sehr befristeten Eingriff“, sagte Göbel. Nur während der Bauarbeiten soll demnach von den Vorschriften des Naturschutzgesetzes abgewichen werden. Es gehe dabei unter anderem um die Verlegung von Leitungen. Keinesfalls wolle K+S dauerhaft in die Naturschutzgebiete eingreifen, versicherte Göbel. Laut Bundesnaturschutzgesetz ist eine Befreiung möglich, „wenn dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder wenn „die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist“.